

dowas

Jahresbericht
2016/17

dowas

Jahresbericht 2016/17

INHALT

- 2 **Neue dowas Adresse Sandgrubenweg 4 in Bregenz**
Vorwort des Vorsitzenden
- 4 **„It’s the economy, stupid!“**
Bericht der Geschäftsführung
- 10 **Viel Bewegung in der ambulanten Beratung (Mindestsicherung)**
Bericht der ambulanten Beratung
- 14 **Zuwächse und Überschüsse**
Bericht Grundversorgung
- 20 **Wie die Form den Inhalt ändert**
Bericht Betreutes Wohnen
- 24 **Ähnliche Tendenzen wie in der Mindestsicherung**
Bericht Betriebliche Sozialarbeit für integra
- 26 **Wachstum mit Strategie**
Bericht integra
- 30 Spenden
- 31 Dank
- 32 Impressum

Neue dowas Adresse Sandgrubenweg 4 in Bregenz

Unser diesjähriger Jahresbericht ist de facto ein eineinhalb Jahresbericht: Wir berichten über das gesamte Jahr 2016 und das erste Halbjahr 2017. Zu diesem Schritt hat uns zweierlei veranlasst:

Zum einen ist es der seit Jahren sehnlichst erwartete Umzug von dowas an den neuen Standort Sandgrubenweg 4, der im August 2017 endlich über die Bühne ging. Ein solcher Wechsel bleibt nicht ohne Auswirkungen auf unsere Klientel, und wir erwarten in seiner Folge zumindest vorübergehend sinkende BesucherInnenzahlen im zweiten Halbjahr 2017. Das wird die vorläufige Bilanz des Gesamtjahres verzerren und die Aussagekraft eines regulären Berichts für das gesamte Jahr 2017 einschränken. Wir dokumentieren deshalb im vorliegenden Bericht die gesamte Entwicklung von 2016 bis zum Umzug 2017 und stellen dabei für das erste Halbjahr 2017 einen gesonderten Vergleich mit dem ersten Halbjahr 2016 an.

Zum Zweiten tritt zum 1. Juli 2017 ein neues Mindestsicherungsgesetz in Kraft, das für die BezieherInnen vor allem bei den Leistungen für den Wohnbedarf Einbußen mit sich bringt und von dem sich die Landesregierung Einsparungen in Höhe von 3 Mio Euro verspricht. Auch unter diesem Aspekt scheint es sinnvoll, die Entwicklungstendenzen bis zu diesem Zeitpunkt zu konstatieren, um später evaluieren zu können, welche Entwicklungen nach der Gesetzesänderung tatsächlich eingetreten sind und welche eher andere Ursachen haben dürften. Zwar repräsentiert das dowas nur einen kleinen Ausschnitt aus der Gesamtlandschaft, trotzdem war es in der Vergangenheit immer ein guter Indikator für allgemeine Entwicklungen im Bereich der Mindestsicherung. In diesem Zusammenhang verweise ich auf den Bericht unseres Geschäftsführers Michael Diettrich, der sich detailliert mit diesem Aspekt auseinandersetzt.

Bilder von Armut

Als ich 2011 im Auftrag des dowas Gründers Martin Bentele die ersten 30 Jahre dowas historisch und gesellschaftspolitisch bearbeitete, war eine Frage ziemlich rasch geklärt, die nach der Bebilderung dieser Zeitung. Im Team waren noch Kurt Dornig, der Gestalter, und Gerhard Klocker, der Fotograf. Wir waren uns einig, dass wir von den traditionellen Fotos zur Armut von Menschen abrücken und diesen eine Gegenwelt gegenüberstellen wollten. Wir besorgten den Klientinnen und Klienten von dowas Kameras und baten sie, über einige Wochen hinweg selber Fotos von ihrer Welt und ihrem Leben im Alltag zu machen. Unter den hunderten von Bildern fanden wir Motive und Sujets, die uns zunächst überraschten, darunter Sonnenuntergänge am Bodensee, Obstbäume, Gärten, Tische mit Blumenvasen, Katzen, die auf Stühlen dösten und Wolken, die über Bregenz und den Pfänder zogen. Alle diese Bilder brauchten keine Kommentare. Sie standen selbstredend für das Begehren und die Sehnsüchte der Menschen in prekären Lebenssituationen. Wir haben das verstanden, wir haben diese andere Bildersprache aufgegriffen und werden versuchen, ein anderes Bild von Armut zu vermitteln als es die



peter.niedermaier@dowas.at

vorherrschenden, zumeist voyeuristischen Bildklischees tun. Armut und soziale Nöte brauchen eine spezifische visuelle Übersetzung in die Gesellschaft hinein. Die alten Bilder steckten zu sehr in der Reparatursprache. Bei der Ausstattung des neuen **dowas** Domizils haben wir – und besonders Kurt Dornig, der die Signaletik des Hauses entwickelt hat – das ernst genommen und die in den Fotos der KlientInnen durchscheinenden Hoffnungen einfließen lassen. Auf Seite 13 dieses Jahresberichts sind drei solcher Fotos abgedruckt. Die **dowas** KlientInnen sollen sich in den neuen Räumen wohl und willkommen fühlen. Dabei geht es uns nicht um Beschönigung, sondern um Respekt und Achtung und Integrität und Menschenwürde, die wir alle als common ground, um sicher zu gehen, teilen.

Danke an viele

Mein Dank gilt den BesucherInnen, die das **dowas** in der Beratungseinrichtung und der Notschlafstelle nützen. Euer Vertrauen ist nicht selbstverständlich. Ich danke allen, die im alten **dowas** gearbeitet haben für ihre Geduld mit den Arbeitsbedingungen, die sehr schlechte waren; diese haben sich jetzt an der neuen **dowas** Adresse merklich verbessert. Der Dank gilt auch meinen Vorständen, für das offene und konstruktive Gesprächsklima. Im Zuge der Übersiedlung waren alle sehr intensiv gefordert und haben sich persönlich sehr engagiert. Reinhard Weh hat uns dabei gut beraten. Danke den Mitgliedern des fachlich kompetenten Beirates, die als MultiplikatorInnen wertvolle Arbeit leisten. Ein großes Danke an die Stadt Bregenz, Herrn Bürgermeister Linhart, dem städtischen Bauamt, besonders Herrn Giselbrecht, und dem Liegenschaftsamt, besonders Herrn Mohr, für die Kooperation im Rahmen der Renovierungs- und Adaptierungsarbeiten am neuen Standort. Michael Egger, Architekt, hat das **dowas** bei diesen Arbeiten, gemeinsam mit Kurt Sandholzer, der im Hauptberuf Bauleiter ist und daneben in unserer Notschlafstelle Nachtdienste leistet, sehr unterstützt. Sie waren in der Abwicklung des Baugeschehens unverzichtbare Mitgestalter und Mittler.

Posthum in memoriam danken wir Rita Bertolini. Sie hat über Jahre hinweg das kommunikative Design des **dowas** begleitet und die Jahresberichte in eine lesbare Form gebracht. Rita besaß das soziale Bewusstsein und Gespür für die existenziellen Nöte der Wohnungs- und Arbeitssuchenden. Sie ist am Beginn dieses Jahres gestorben. Sie war eine Persönlichkeit.

So vielen Personen zu danken, die sich um das **dowas** kümmern, ist eine angenehme Pflicht. Nur viele gemeinsam und solidarisch vermögen die gesellschaftspolitischen Aufgaben des **dowas**, das Engagement für jene in der Gesellschaft, die wir an den Rändern treffen, zu schultern. Einer, mit dem diese Arbeit gut funktioniert, ist Michael Diettrich, Geschäftsführer und Vorsitzender der Vorarlberger Armutskonferenz.

Peter Niedermaier

Vorsitzender des **dowas**

„It's the economy, stupid!“

2016 so viele KlientInnen wie noch nie – Rückgang im 1. Halbjahr 2017

2016

Betrachtet man nur das abgelaufene Jahr 2016, könnte man meinen: „The same procedure as every year!“ Der nur im Jahr 2012 leicht unterbrochene Anstieg unserer KlientInnenzahlen seit 2008 hat sich auch 2016 fortgesetzt und erneut einen Höhepunkt erreicht (→ TABELLE 1). Die Gesamtzahl aller über Mindestsicherung und im Auftrag von *integra* betreuten KlientInnen stieg von 1.183 im Jahr 2015 auf 1.424 im Jahr 2016 (plus 20,4 Prozent). Im Teilssegment der über die Mindestsicherung finanzierten Betreuungen waren es im zurückliegenden Jahr 1.226 KlientInnen gegenüber 1.107 in 2015 (plus 20,6 Prozent). Während die Betreuungen im Auftrag von *integra* stark von der je aktuellen Zuweisungspraxis des AMS abhängig sind, spiegeln die Zahlen der Mindestsicherungsbetreuungen eher die Entwicklung der Armutssituation im Land und sind deshalb aussagekräftiger.

Die Anstiege im Bereich der Mindestsicherung waren 2016 wie bereits 2015 schon überwiegend auf anerkannte Flüchtlinge oder subsidiär Schutzberechtigte zurückzuführen, die Unterstützung in unserer Beratungsstelle in Anspruch nahmen. Zwar gab es auch einen deutlichen Anstieg bei den BesucherInnen unserer Notschlafstelle, allerdings blieb dort die Gesamtzahl der Nächtigungen relativ konstant. Die Notschlafstelle war bereits 2015 nahezu durchgängig voll belegt, eine gestiegene BesucherInnenzahl hatte hier letztlich eine geringere Verweildauer je KlientIn zur Folge. Gleichwohl weisen wir zum wiederholten Mal darauf hin, dass die Flüchtlingszuwanderung in den beiden letzten Jahren nur einen Teil der hohen Zahlen erklärt: Ziemlich die Hälfte des gesamten Zuwachses seit 2008 war schon im Jahr 2014 erreicht und der Anstieg von 2010 auf 2011 war kaum geringer als der in den beiden letzten Jahren – alles also vor dem Einsetzen der starken Flüchtlingsmigration (→ GRAFIK 1).

Erstes Halbjahr 2017

Umso auffälliger ist der Rückgang der KlientInnenzahlen im ersten Halbjahr 2017, der knapp 6 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum betrug und in beiden großen Leistungsbereichen (Beratungsstelle und Notschlafstelle) zu beobachten war. Bei den österreichischen StaatsbürgerInnen belief er sich sogar auf gut 12 Prozent, bei den Konventionsflüchtlingen und subsidiär Schutzberechtigten auf nahezu 8 Prozent.

TABELLE 1

Insgesamt betreute KlientInnen (Mindestsicherung und integra) – 2016

	Anzahl		Differenz zum Vorjahr
	2016	2015	
von dowas betreute KlientInnen gesamt	1.424	1.183	+ 20,4 %
davon männlich	1.000	824	+ 21,4 %
davon weiblich	424	359	+ 18,1 %
über Mindestsicherung betreute KlientInnen	1.226	1.017	+ 20,6 %
davon männlich	922	754	+ 22,3 %
davon weiblich	304	263	+ 15,6 %
über integra betreute KlientInnen	291	225	+ 29,3 %
davon männlich	147	109	+ 34,9 %
davon weiblich	144	116	+ 24,1 %

TABELLE 2

Über Mindestsicherung betreute KlientInnen – 1. Halbjahr 2017

	2017 1. HJ	2016 1. HJ	Differenz zum Vorjahr
KlientInnen gesamt	734	779	- 5,8 %
davon männlich	549	588	- 6,6 %
davon weiblich	185	191	- 3,1 %

Man sollte vorsichtig sein, wenn man auf Basis von 6 Monaten Schlüsse ziehen will. Aber im Vergleich der Halbjahreszahlen von 2008 bis 2017 ist der Rückgang im ersten Halbjahr 2017 doch signifikant (→ GRAFIK 1). Es scheint so, als wäre der stete Zuwachs gestoppt und als hätten sich die KlientInnenzahlen zumindest stabilisiert – wenngleich auf hohem Niveau. Genau genommen heißt das aber zunächst einmal nichts anderes, als dass der bei **dowas** in Anspruch genommene Unterstützungsbedarf geringer geworden ist. Gleichwohl waren die **dowas**-Zahlen in der Vergangenheit meist ein recht guter Indikator für allgemeine Tendenzen in der Mindestsicherung bzw. bei der Gruppe von Menschen in prekären Lebenssituationen. Sollte dies auch 2017 der Fall sein, hätte sich die Situation im Bereich der Mindestsicherung bereits vor dem Inkrafttreten des neuen Mindestsicherungsgesetzes leicht entspannt.

Hypothesen zum Rückgang im ersten Halbjahr 2017

Auch hinsichtlich der Gründe für den Rückgang kann man zum jetzigen Zeitpunkt nur Hypothesen aufstellen und wird für gesicherte Aussagen die weitere Entwicklung abwarten müssen. Unter diesem Vorbehalt lassen sich aber zwei mögliche Faktoren ausmachen:

1.

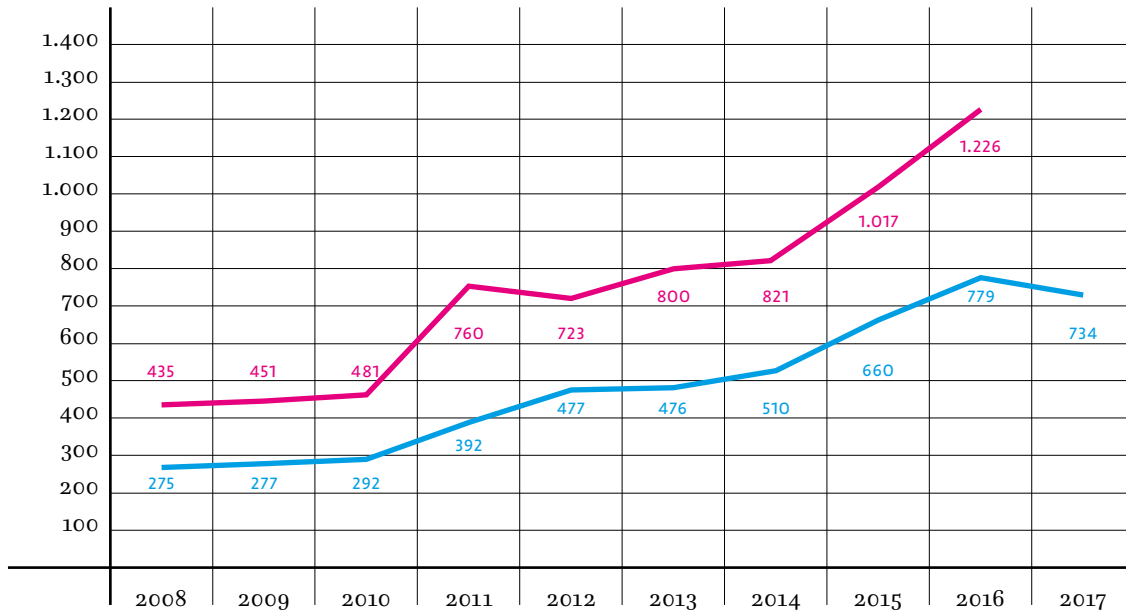
Bei den anerkannten Flüchtlingen und den subsidiär Schutzberechtigten dürften sich bei **dowas** die ersten Auswirkungen der sinkenden Zuwanderungszahlen bemerkbar machen. Der Höhepunkt der Zuwanderung lag 2015, schon 2016 kamen deutlich weniger Flüchtlinge. Mit **dowas** traten sie erst in Kontakt, nachdem sie ihre Anerkennung als Konventionsflüchtlinge oder subsidiär Schutzberechtigte hatten, folglich stiegen unsere Zahlen 2016 am stärksten, die Zuwanderung des Jahres 2016 wirkte sich bei uns jedoch erst im ersten Halbjahr 2017 aus. Auffällig dabei, dass die Zahl der Konventionsflüchtlinge sogar stärker zurückging und die der Schutzberechtigten wuchs. Gleichzeitig wurden vom AMS deutlich mehr Flüchtlinge in Arbeit vermittelt als zuvor. Der Flüchtlingskoordinator der Landesregierung, Anton Strini, vermeldete Anfang August 2017, dass zu diesem Zeitpunkt mehr als die Hälfte derjenigen, die 2015 ihren Aufenthaltstitel bekommen hatten und bis Mitte 2016 beim AMS gemeldet waren, einer Arbeit nachgingen. Auch das dürfte sich auf den Bezug von Mindestsicherung und den Unterstützungsbedarf bei **dowas** ausgewirkt haben. Es widerspricht zudem der in der aktuellen Debatte breiten Raum einnehmenden These, ein erheblicher Teil der Flüchtlinge beabsichtige lediglich eine „Zuwanderung in unsere Sozialsysteme“ und werde durch hohe Sozialleistungen angelockt. Wir haben dieser These schon in unserem letztjährigen Jahresbericht widersprochen und fühlen uns nun bestätigt.

2.

Dadurch erklärt sich aber noch nicht der Rückgang bei den österreichischen StaatsbürgerInnen. In diesem Kontext ist allerdings eine auffällige Parallele zu den (Ganzjahres-) Zahlen des Jahres 2012 interessant. Auch in diesem Jahr gab es bei **dowas** einen leichten Rückgang bei den Betreuungszahlen und eine merkliche Abschwächung des Zuwachses bei den BezieherInnen von Mindestsicherung allgemein. Dabei scheint der Rückgang im ersten Halbjahr 2017 sogar ausgeprägter als der 2012 zu sein (→ GRAFIK 1). Es liegt nahe, beides mit

GRAFIK 1

Über Mindestsicherung betreute KlientInnen – 2008 bis 2016/17



- KlientInnen BMS – 1. Halbjahr
- KlientInnen BMS – ganzes Jahr

der in den jeweiligen Vorjahren erfolgten wirtschaftlichen Erholung in Verbindung zu bringen: 2011 war das einzige Jahr in der gut achtjährigen wirtschaftlichen Dauerkrise, in dem es ein kurzes konjunkturelles Zwischenhoch gab, das dann allerdings nur von kurzer Dauer war. Und auch in 2016 begann eine wirtschaftliche Erholung, die den aktuellen Konjunkturberichten zufolge noch andauert und damit kräftiger zu sein scheint als 2011.

Die Folge davon ist ein merklicher Aufbau von mehr Beschäftigung in Vorarlberg, nach langer Zeit sogar wieder einmal bei Vollzeitarbeitsstellen. Vor allem wurde auch in der Warenproduktion und im Baugewerbe das Arbeitsvolumen ausgeweitet, so dass in diesen Branchen nach 17 langen Jahren das Niveau des Jahres 2000 wieder erreicht und wohl sogar überschritten sein dürfte. Gerade in diesen Branchen gibt es traditionell einen Bedarf an Hilfsarbeitskräften, was speziell den gering Qualifizierten zugutekommt. Unter ArbeitsmarktexpertInnen ist bekannt, dass Hilfsarbeitskräfte in konjunkturellen Schwächephasen als erste ihre Arbeit verlieren, während schwieriger zu beschaffende Fachkräfte von den Unternehmen möglichst lange gehalten werden. Die Hilfskräfte sind aber beim Anspringen des Konjunkturmotors dann auch die, die als erstes profitieren. Nicht umsonst ist in diesem Jahr nach Auskunft des AMS auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen erstmals seit langem leicht gesunken.

Zwar ist nur ein relativ geringer Teil der MindestsicherungsbezieherInnen tatsächlich arbeitsfähig (rund ein Drittel), aber zumindest auf diesen Teil müsste sich die Arbeitsmarktbelebung auswirken und somit die Gesamtzahlen der Mindestsicherung einbremsen. Wie aus Grafik 1 ersichtlich, scheint sich die wirtschaftliche Entwicklung mit einer Verzögerung zwischen einem halben und eineinhalb Jahren auf die KlientInnenzahlen von **dowas** auszuwirken, beim Wirtschaftseinbruch 2009 hat es länger gedauert als bei den beiden Aufschwüngen 2011 und 2016. Dies ist ein durchaus normaler Vorgang: Sowohl der Arbeitsmarkt, als auch das Sozialsystem reagieren mit Verzögerung auf konjunkturelle Entwicklungen. Insofern spricht einiges für die Hypothese, dass die gesunkenen KlientInnenzahlen von **dowas** im ersten Halbjahr 2017 mit der wirtschaftlichen Erholung in Zusammenhang stehen und diese Erholung für den Rückgang vor allem bei den österreichischen StaatsbürgerInnen zumindest mitverantwortlich ist.

Gespart, aber Geld verschleudert?

Sollte sich die zweite Hypothese bestätigen, wäre dies ein herber Schlag ins Kontor derjenigen, die die gestiegenen Ausgaben speziell in der Mindestsicherung einer um sich greifenden „Sozialen-Hängematten“-Mentalität der BezieherInnen zuschreiben und daraus den Schluss gezogen haben, man müsse Leistungen kürzen, um den „Anreiz“ zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit zu erhöhen. Mehr noch: Es wäre ein Beleg für die von uns und der Vorarlberger Armutskonferenz vorgebrachte Kritik, dass vor allem eine mangelhafte Wirtschaftspolitik für die hohen Zahlen und Ausgaben in den Sozialsystemen verantwortlich ist. Es wäre der Hinweis darauf, dass vor allem auch in Vorarlberg Millionen von Euro verschleudert wurden, weil man in Zeiten einer wirtschaftlichen Krise unbedingt die öffentlichen Haushalte sanieren und ausgeglichene Budgets präsentieren wollte, statt wirtschaftspolitisch gegenzusteuern. Dass selbst eine nicht sonderlich gelungene Steuerreform in



michael.diettrich@dowas.at

Österreich zu einer wirtschaftlichen Erholung geführt hat, die nun schon länger anhält als von allen Wirtschaftsforschungsinstituten noch Anfang des Jahres erwartet und die wesentlich durch den privaten Konsum getragen wird, verdeutlicht, dass man nach 2011 viel zu früh die konjunkturstützenden Maßnahmen zurückgefahren und auf Sparkurs umgeschaltet hat. Für die daraus resultierenden Sozialkosten MindestsicherungsbezieherInnen oder Sozialeinrichtungen verantwortlich zu machen, hat mit den Realitäten wenig zu tun und ist unlauter. In jedem Fall wird man sehr genau prüfen müssen, ob die sehr wahrscheinlich eintretende Entspannung bei den Mindestsicherungsausgaben tatsächlich etwas mit dem neuen Mindestsicherungsgesetz zu tun hat oder auch ohne diese überflüssige Belastung für die Betroffenen eingetreten wäre. Und man wird beobachten müssen, wie sich die für 2018 erwartete Konjunkturabschwächung auf die Entwicklung der Zahlen in der Mindestsicherung auswirkt.

Aber wie gesagt: Noch ist es zu früh, gesicherte Aussagen zu tätigen...

Michael Diettrich

Geschäftsführer

Viel Bewegung in der ambulanten Beratung (Mindestsicherung) ...

... vor allem in der Beratungsstelle

Die Zahl der in den drei Arbeitsbereichen (Beratungsstelle, Grundversorgung/Notschlafstelle und Betreute Wohnformen) über Mindestsicherung beratenen KlientInnen stieg 2016 insgesamt um gut 20 Prozent von 1.011 in 2015 auf 1.216. Um die Dimensionen richtig einschätzen zu können, lohnt ein Blick auf das Jahr 2008: Da waren es lediglich 425. In der Beratungsstelle betrug der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr knapp 17 Prozent, bei den Beratungen für die Notschlafstelle sogar knapp 29 Prozent. Der Rückgang im Arbeitsbereich Betreute Wohnformen resultierte in erster Linie daraus, dass hier vor allem Beratungstätigkeiten im Vorfeld oder nach Abschluss einer ambulanten Wohnbetreuung anfallen und es bei diesen Wohnbetreuungen 2016 wenig Bewegung gab (→ TABELLE 3).

In der Beratungsstelle geht der Anstieg bei den KlientInnen überwiegend auf Konventionsflüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigte zurück. Das waren im Wesentlichen die Menschen, die 2015 zugewandert waren, zwischenzeitlich ihre Anerkennung bekommen hatten und dann in der Beratungsstelle von *dowas* um Unterstützung bei der Wohnungs- aber auch Arbeitssuche nachfragten. Dass die in der Beratungsstelle geleisteten Beratungsstunden mit nur 7,5 Prozent deutlich geringer zunahm als die Zahl der KlientInnen, lässt sich mit den begrenzten Personalkapazitäten erklären. In der Konsequenz verringerte sich die Zeit, die für die einzelnen KlientInnen zur Verfügung stand, deutlich.

In der Notschlafstelle hingegen spielen Konventionsflüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigte nur eine untergeordnete Rolle, wenngleich die subsidiär Schutzberechtigten zahlenmäßig zugenommen haben. Auffallend ist, dass es sich bei diesen Schutzberechtigten fast ausschließlich um (männliche) somalische Staatsbürger handelt. Ihre Situation ist insofern prekär (und wird es immer mehr), als sie ganz offenbar noch weniger Zugang zu leistbarem Wohnraum haben als Konventionsflüchtlinge.

Der auch für uns überraschend hohe Anstieg der in der Notschlafstelle beratenen KlientInnen insgesamt und der etwa im gleichen Ausmaß gestiegenen Beratungsleistungen muss deshalb andere Gründe haben, die nicht genau zu klären sind. Am wahrscheinlichsten ist es, dass dies mit der schon 2015 erreichten Vollbelegung der Notschlafstelle zu tun hat. Einerseits mussten deshalb regelmäßig KlientInnen abgewiesen werden, für die unsere MitarbeiterInnen dann bspw. andere Unterbringungsmöglichkeiten suchten, was den Beratungsaufwand erhöhte. Wie im Berichtsteil zur Grundversorgung ausgeführt, übernachteten andererseits bei insgesamt nahezu gleich gebliebener Nächtigungszahl deutlich mehr KlientInnen in der Notschlafstelle als im Jahr zuvor. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer sank deshalb, und es gab sehr viele Kurzaufenthalte mit späterer Wiederaufnahme, was ebenfalls den Beratungs- und Betreuungsaufwand erhöht.

TABELLE 3**Ambulante Beratung als Leistung der Mindestsicherung – 2016**

	KlientInnen		Beratungsstunden		Std./KlientInnen	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Beratungen im dowas gesamt*	1.203	1.011	7.291,0	6.509,5	6,1	6,4
davon männlich	903	748	5.426,0	4.497,5	6,0	6,0
davon weiblich	300	263	1.865,0	2.012,0	6,2	7,7
Beratungen nach Arbeitsbereichen						
Beratungsstelle	803	687	4.260,5	4.578,5	5,3	6,7
Grundversorgung/Notschlafstelle (NOST)	596	463	2.420,0	1.900,0	4,1	4,1
Betreute Wohnformen**	46	56	292,5	349,0	6,4	6,2

TABELLE 4**Ambulante Beratung als Leistung der Mindestsicherung – 1. Halbjahr 2017**

	KlientInnen		Beratungsstunden		Std./KlientInnen	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016
	1. HJ	1. HJ	1. HJ	1. HJ	1. HJ	1. HJ
Beratungen gesamt*	717	765	3.491,5	3.752,5	4,9	4,9
davon männlich	536	576	2.772,5	2.672,5	5,2	4,6
davon weiblich	181	189	719,0	1.080,0	4,0	5,7
Beratungen nach Arbeitsbereichen						
Beratungsstelle	478	516	2.103,5	2.321,0	4,4	4,5
Grundversorgung/Notschlafstelle (NOST)	346	354	1.215,5	1.276,0	3,5	3,6
Betreute Wohnformen**	29	28	172,5	155,5	5,9	5,6

* ohne Beratungen für integra

** ohne Beratungen in der Gemeinschaftswohnung

Der im Berichtsteil der Geschäftsführung erwähnte generelle Rückgang der KlientInnenzahlen im ersten Halbjahr 2017 gegenüber dem ersten Halbjahr 2016 machte sich bei den Beratungsleistungen besonders bemerkbar, am stärksten in der Beratungsstelle, nur leicht bei denen in der Notschlafstelle. Diese Entwicklung findet auch in den geleisteten Beratungsstunden ihren Niederschlag.

In der Beratungsstelle verteilte sich der Rückgang mehr oder weniger gleichmäßig auf alle KlientInnengruppen, gleich ob männlich oder weiblich. Allerdings gibt es eine markante Auffälligkeit: Die Beratungsstunden, die für österreichische Frauen geleistet wurden, sind ungewöhnlich stark eingebrochen. Das ist völlig gegen den Trend der letzten Jahre, und wir haben dafür derzeit noch keine Erklärung. Wir werden das genauer analysieren und beobachten müssen, weil alle Studien zur Armutsentwicklung ein hohes Armutsrisiko für Frauen belegen, Frauen in unseren Einrichtungen hingegen traditionell unterrepräsentiert waren, und es uns in den zurückliegenden Jahren ganz allmählich gelungen war, sie stärker anzusprechen. Insofern ist diese Entwicklung für uns ein Alarmsignal.

In der Notschlafstelle finden sich hingegen auch im ersten Halbjahr 2017 weder bei der Zahl der beratenen KlientInnen, noch bei den geleisteten Stunden größere Auffälligkeiten. Augenscheinlich haben sich die Zahlen knapp unterhalb des sehr hohen Vorjahresniveaus stabilisiert. Es sei deshalb hier lediglich auf die Ausführungen zur Notschlafstelle im Berichtsteil Grundversorgung verwiesen.



Zuwächse und Überschüsse

Notschlafstelle – die nackten Zahlen

Die Zahl der KlientInnen, die 2016 in der Notschlafstelle übernachteten, hat erneut markant zugenommen: Sie stieg gegenüber dem Vorjahr um 15 Prozent von 236 auf 272 (→ TABELLEN 5 + 6). Demgegenüber blieb die Zahl der Nächtigungen mit 3.058 nahezu auf dem gleichen Stand (2015: 3.014). Der Grund dafür ist leicht zu identifizieren: Bei regulär 9 Betten war die Notschlafstelle sowohl 2015, als auch 2016 mit durchschnittlich 8,3 bzw. 8,4 BesucherInnen pro Nacht de facto voll belegt, so dass Steigerungen kaum mehr möglich sind. Wenn also mehr KlientInnen die Notschlafstelle in Anspruch nehmen, reduziert sich notgedrungen die mögliche Aufenthaltsdauer. Sie sank deshalb auch von durchschnittlich 12,8 Nächten im Jahr 2015 auf nur noch 11,2 Nächte in 2016. Was in der auf das ganze Jahr berechneten Statistik nicht zum Ausdruck kommt: Sowohl im Jahr 2016, als auch in 2015 gab es sehr viele sehr kurze, dafür aber wiederholte Aufenthalte, was den Betreuungsaufwand beträchtlich erhöht (siehe Berichtsteil Ambulante Beratung).

Auch in der Notschlafstelle scheint sich im ersten Halbjahr 2017 eine Trendwende anzudeuten: Zwar hat sich die Zahl der KlientInnen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum noch einmal um knapp 10 Prozent erhöht, aber die von ihnen in Anspruch genommenen Nächtigungen sanken in der gleichen Größenordnung (→ TABELLE 7). Dies markiert auf jeden Fall einen Rückgang des Bedarfs, auch wenn der in jeder Hinsicht immer noch deutlich über dem Durchschnitt der letzten 10 Jahre liegt. Ob sich daraus eine nachhaltige Trendwende ableiten lässt, kann man angesichts der immer wieder sehr sprunghaften Entwicklungen in der Notschlafstelle derzeit nicht einschätzen.

Die Notschlafstelle als Spiegelbild internationaler Armutswanderungen

Man muss nicht darum herumreden, dass auch an der Notschlafstelle des *dowas* die internationalen Armutswanderungen der vergangenen Jahre nicht vorbeigegangen sind. Waren 2008 noch 23 verschiedene Nationen vertreten, so waren es 2016 33. Trotzdem ist es bemerkenswert, wie wenig sich insgesamt tatsächlich verändert hat: Die Zahl der österreichischen StaatsbürgerInnen ist zwar gegenüber 2008 von 111 auf 93 zurückgegangen, pendelt aber in den letzten vier Jahren konstant zwischen 77 und 96. Die von ihnen in Anspruch genommenen Nächte sind über den gesamten Zeitraum nahezu konstant geblieben und machen mehr als die Hälfte aller Nächtigungen aus. Auch in einer Rangliste der vertretenen Nationen rangierten Deutsche und RumänInnen 2016 genauso wie schon 2008 hinter den ÖsterreicherInnen auf den vorderen Plätzen. Am stärksten zugenommen hat in dieser Zeit die Zahl der nicht-österreichischen EU-BürgerInnen. Anders als man es dem allgemeinen öffentlichen Klagen zufolge vermuten sollte, spielen Flüchtlinge in der Notschlafstelle eine sehr untergeordnete Rolle – mit einer Ausnahme: Seit 2014 gibt es eine Gruppe von somalischen Flüchtlingen, die sich in der Größenordnung von 11 bis 17 Menschen bewegt und großteils subsidiären Schutz erhalten hat.

TABELLE 5

Statistik Notschlafstelle – 2016

	KlientInnen		Übernachtungen		durchschnittlicher Aufenthalt/Nächte	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Übernachtungen gesamt	272	236	3.058	3.014	11,2	12,8
davon männlich	237	199	2.718	2.604	11,5	13,1
davon weiblich	35	37	340	410	9,7	11,1
Durchschnittliche Belegung pro Nacht	8,4	8,3				
Durchschnittsalter in Jahren	38,9	37,2				

TABELLE 6

Statistik Nächtigungsdauer – 2016

	Klientinnen		%	
	2016	2015	2016	2015
bis 4 Nächte (Kurzaufenthalte)	143	136	52,6 %	57,6 %
5 bis 28 Nächte	107	77	39,3 %	32,6 %
29 bis 50 Nächte	13	8	4,8 %	3,4 %
mehr als 50 Nächte	9	15	3,3 %	6,4 %

Scheinbar fällt es bei dieser Gruppe noch schwerer als bei Flüchtlingen aus anderen Ländern, sie in eigenem Wohnraum unterzubringen.

Die einzige Gruppe, die in den letzten Jahren prägnante Zuwachsraten aufweist und deren Zahl sich seit 2013 auf 67 Menschen nahezu verdoppelt hat, sind rumänische StaatsbürgerInnen. Man muss auch keinen Hehl daraus machen, dass es sich dabei um die Menschen handelt, die als sog. „Roma-BettlerInnen“ für viel Aufregung und Diskussionen in Vorarlberger Städten gesorgt haben. Da der allergrößte Teil von ihnen jedoch keinen Anspruch auf Mindestsicherung hat, haben sie lediglich die Möglichkeit, aus humanitären Gründen max. 4 Nächte in der Notschlafstelle zu übernachten. Ihre durchschnittliche Aufenthaltsdauer beträgt folglich lediglich 3,4 Nächte und die Gesamtzahl der von ihnen in Anspruch genommenen Nächtigungen ist gering. Von einer „Zuwanderung in das österreichische Sozialsystem“ kann folglich keine Rede sein; umso mehr, als diese Nächtigungen in der Notschlafstelle die öffentliche Hand kein zusätzliches Geld kosten: Die Verrechenbarkeit von bis zu vier Nächtigungen ist gedeckelt und **dowas** überschreitet seit Jahren diesen Deckel für Kurzleistungen völlig unabhängig von den rumänischen StaatsbürgerInnen.

Des einen Lieb, der anderen Leid

Aber selbst wenn der Aufenthalt von rund 200 rumänischen BettlerInnen Vorarlberg mehr Geld kosten würde und/oder für Unbill im öffentlichen Leben sorgt: Die in Vorarlberg weit verbreitete Vorstellung, dass das Ländle da für etwas gerade stehen muss, womit es so gar nichts zu tun hat und wofür es keinerlei Verantwortung trägt, ist doch etwas selbstgerecht. Vorarlberg erwirtschaftet seit Anfang der 2000er Jahre regelmäßig Exportüberschüsse, die im vergangenen Jahr 2,4 Mrd. Euro betragen. Was die VorarlbergerInnen veranlasst, sich selbst stolz als „Exportweltmeister“ zu bezeichnen, ist allerdings ein Problem: Internationaler Handel kann nur funktionieren, wenn „Exportweltmeister“ gleichzeitig „Importweltmeister“ sind. Sie müssen eine Nachfrage entfalten, die es ihnen erlaubt, Waren im Wert dessen zu kaufen, was sie selbst produzieren. Wird viel exportiert, muss man entsprechend viele Güter aus dem Ausland nachfragen. Dies ist in Österreich, ganz speziell in Vorarlberg, aber nicht der Fall: Die schlechte Lohnentwicklung der letzten 20 Jahren hat die hiesige Nachfrage so stark geschwächt, dass die ÖsterreicherInnen bzw. VorarlbergerInnen nicht einmal mehr das kaufen könnten, was sie selbst produzieren. Was diese Situation für die HandelspartnerInnen bedeutet, lässt sich gerade am Beispiel Vorarlbergs gut illustrieren:

Der Exportüberschuss des „Exportweltmeisters“ bedeutet nichts anderes, als dass Vorarlberg seinen HandelspartnerInnen für 2,4 Mrd. Euro weniger Waren abkauft, als es an sie verkauft. Wegen der fehlenden Gegengeschäfte müssen sich die Abnehmerländer der Exporte in der Höhe des Vorarlberger Überschusses verschulden und finanzieren so mit ihren Schulden 15 Prozent der Vorarlberger Wertschöpfung (Bruttoregionalprodukt). Gleichzeitig verdrängen Vorarlberger Exportgüter auf den Märkten der HandelspartnerInnen heimische Güter im Wert von 2,4 Mrd. Euro, was dort auf Dauer Arbeitsplätze kostet. Im Falle Rumäniens belief sich der Vorarlberger Exportüberschuss 2016 auf rund 65 Mio. Euro. Unter Annahme einer Arbeitswoche von 40 Stunden und unter Berücksichtigung der durchschnittlichen rumänischen

TABELLE 7

Statistik Notschlafstelle – 1. Halbjahr 2017

	KlientInnen		Übernachtungen		durchschnittlicher Aufenthalt/Nächte	
	2017 1. HJ	2016 1. HJ	2017 1. HJ	2016 1. HJ	2017 1. HJ	2016 1. HJ
Übernachtungen gesamt	151	138	1.412	1.546	9,4	11,2
davon männlich	130	123	1.265	1.350	9,7	11,0
davon weiblich	21	15	147	196	7,0	13,1
Durchschnittliche Belegung pro Nacht	7,8	8,5				
Durchschnittsalter in Jahren	35,2	37,4				

Stundenproduktivität ist das eine Größenordnung von ein paar Tausend Arbeitsplätzen, die durch die dauerhaften Vorarlberger Exportüberschüsse in Rumänien vernichtet werden. Wie wir aus eigener Erfahrung wissen, dürften vor allem wenig qualifizierte Arbeitskräfte von dem dadurch entstehenden Druck auf dem rumänischen Arbeitsmarkt betroffen sein.

Es ist naheliegend, dass Menschen, wie Roma und Sinti, die auch in Rumänien eh schon am äußersten Rand der Gesellschaft stehen, unter diesen Umständen in ihrem Heimatland keine Perspektive mehr sehen und dahin abwandern, wo sich der Wohlstand sammelt. Das mag für Vorarlberg, das sich eher die Zuwanderung von Fachkräften erhofft, unerwünscht sein, gehört aber zu den sozialen Nebenkosten wirtschaftlicher Entwicklungen, von denen gerade Vorarlberg besonders profitiert. Der Ökonom Heiner Flassbeck hat es recht treffend formuliert: Wer dauernd den „Gürtel enger schnallt“ und weniger verbraucht, als er produziert, konkurrenziert mit seinen Überschüssen die HandelspartnerInnen an die Wand – und wird irgendwann Almosen zahlen müssen.

Aus diesem Blickwinkel kommt Vorarlberg mit der ungewollten, aber (wirtschaftlich) beförderten Zuwanderung von 200 rumänischen BettlerInnen noch recht gut weg: Sehr viel mehr als den Unmut von BürgerInnen über Belästigungen und Unannehmlichkeiten in Vorarlberger Städten kostet das derzeit nicht – wenn man von den Arbeitsstunden absieht, die PolitikerInnen, VerwaltungsmitarbeiterInnen und SozialarbeiterInnen für die Beschwichtigung aufgebrachter BürgerInnen aufwenden. Man sollte deshalb zur Kenntnis nehmen, dass gerade Vorarlberg sehr wohl seinen Beitrag zu solchen Armutswanderungen leistet und es auch nicht völlig ungerechtfertigt ist, dass 200 RumänInnen in hiesigen Städten und Gemeinden nach dem letzten Strohhalm greifen, der ihnen bleibt, und betteln. Dass der Umgang mit diesen Menschen in der Tat manchmal schwierig ist (auch im *dowas*), ist die eine Seite. Dass man sich als Vorarlberger Gesellschaft nicht nur die Rosinen aus Entwicklungen herausuchen kann, von denen man sehr profitiert, ist die andere. Deshalb ist in der öffentlichen und politischen Debatte bei diesem Thema sehr viel mehr Sachlichkeit und Nüchternheit geboten.

TABELLE 8

Statistik Treffpunkt – 2016

	Anzahl		Durchschnittliche Besuche pro Tag	
	2016	2015	2016	2015
Besuche an Werktagen gesamt	9.348	8.725	37,8	35,0
davon männlich	7.814	7.253	31,6	29,1
davon weiblich	1.534	1.472	6,2	5,9
Essensausgaben	3.645	3.279	14,8	13,2

Treffpunkt

Im Treffpunkt gab es 2016 keine außergewöhnlichen Entwicklungen. Die Besuchszahlen lagen zwar etwas höher als im Jahr davor, gleiches gilt für die Zahl der ausgegebenen Mittagessen (→ TABELLE 8). Aber insgesamt lagen diese Veränderungen im Bereich der für den Treffpunkt üblichen Schwankungen. Eine gesonderte Auswertung für das erste Halbjahr 2017 haben wir wegen der geringen Aussagekraft nicht vorgenommen.

Als Veränderung mit Folgen für KlientInnen ist lediglich zu vermerken, dass die Vergabe von Meldeadressen für obdachlose Menschen mittlerweile voll in die Verantwortung des Meldeamtes der Stadt Bregenz übergegangen ist und dieses alleine entscheidet, wer eine solche erhält. **dowas** richtet nur noch Kontakt- und Postadressen ein. Das ist rechtlich nicht zu beanstanden, die rigider gewordene Vergabe der Meldeadressen exakt nach Wortlaut des Meldegesetzes passt allerdings nicht für die reale Situation vieler wohnungsloser Menschen. Als obdachlos im Sinne des Meldegesetzes gilt nur, wer ganz auf der Straße lebt und weder Wände um sich herum, noch ein Dach über dem Kopf hat. Nur der oder die hat Anspruch auf eine Meldeadresse für Obdachlose. Wer gelegentlich irgendwo bei Bekannten unterschlüpft und von einem zur anderen wandert, ist eben nicht (dauerhaft) obdachlos und müsste sich der Form halber jeweils an der aktuellen Unterschlupfadresse anmelden. Das ist für viele KlientInnen völlig unrealistisch.

Die Zahl der von **dowas** ausgegebenen Postadressen ist weiter auf dem gleichen Stand wie zu den Zeiten, als auch Meldeadressen vergeben wurden. Aus Kapazitätsgründen haben wir sie im Bereich von 70 bis 80 Adressen limitiert.

Wie die Form den Inhalt verändert

Gemeinschaftswohnung (statt Wohngemeinschaft)

Bei unserem Betreuungsangebot in Lauterach hat es 2016 eine große und folgenreiche Veränderung gegeben: Das bisherige stationäre Intensivwohnprogramm (Wohngemeinschaft) wurde auf Druck des Landes in eine ambulant betreute Wohngruppe umgewandelt. Das Angebot nennt sich nun Gemeinschaftswohnung.

Der Hintergrund für diese Umwandlung war, dass das Land stationäre Betreuungsplätze abbauen und in ambulante Betreuung umwandeln will. Stationäre Betreuung wird über Tagessätze finanziert, in die auch der Wohnungsaufwand und Verpflegung einkalkuliert sind. Die KlientInnen selbst erhalten von der Mindestsicherung lediglich ein gegenüber dem Regelsatz reduziertes Taschengeld. Die ambulante Betreuung wird hingegen über direkt an den einzelnen Klienten erbrachte Betreuungsleistungen (in Stunden) verrechnet, Miete und Verpflegung zahlen die KlientInnen selbst. Dafür erhalten sie die komplette Mindestsicherung mit Regelsatz und Wohnbedarfszuschuss.

Was auf den ersten Blick wie eine reine Änderung von Namen oder Abrechnungsmodalitäten aussieht, hatte inhaltlich bedeutsame Konsequenzen. Das Betreuungskonzept des bisherigen Intensivwohnprogrammes in Form einer stationären Wohngemeinschaft zielte vorrangig auf Heranwachsende bzw. junge Erwachsene im Alter von 18 bis 30 Jahren, die wenig Wohnenerfahrung aufwiesen und ein selbstständiges Wohnen in einer eigenen Wohnung mit rein ambulanter Betreuung nicht auf die Reihe brachten. Dies war eine recht unstete Zielgruppe mit entsprechend wenig ausgeprägter Verbindlichkeit. Vor diesem Hintergrund bot eine Finanzierung über Tagessätze einen für **dowas** auch finanziell einigermaßen gesicherten Rahmen, der es erlaubte, auch schwierige KlientInnen zu betreuen, die zumindest in der Anfangsphase der Betreuung sehr unzuverlässig waren. Es zeigte sich, dass es möglich war, auch solche KlientInnen mit der Zeit zu stabilisieren, wenngleich das durchaus mehrere Monate in Anspruch nehmen konnte. Auch wenn es bei der beschriebenen Zielgruppe häufige Abbrüche oder Unterbrechungen gab, dokumentiert die im Jahresbericht 2015 vorgenommene Evaluation der Betreuungen der vergangenen Jahre, dass mit dieser Betreuungsform bei dieser Zielgruppe positive Ergebnisse erzielt werden konnten.

Die neue Verrechnungsform in der Gemeinschaftswohnung, die direkte, regelmäßige Zahlungen der KlientInnen an **dowas** beinhaltet, ist für die bisherige Zielgruppe nicht angemessen. Sie ist z.T. überfordert und mit einer ambulanten Betreuung ist das auch nur bedingt aufzufangen. Gleichzeitig erhöhte sich der Verwaltungsaufwand enorm und ein bedeutsamer Teil der Betreuung muss dafür verwendet werden, Mieten, Betriebskosten und Essensgeld von den KlientInnen einzutreiben. Dies verändert zudem die Rolle der BetreuerInnen negativ. Die Zielgruppe für die Gemeinschaftswohnung hat sich deshalb im Laufe des Jahres verändert, und wir stellen mittlerweile höhere Ansprüche an die Verbindlichkeit der BewohnerInnen. Für die bisherige Zielgruppe haben wir deshalb kein Angebot mehr. Wir erneuern in diesem Kontext unsere Kritik

TABELLE 9**Statistik Gemeinschaftswohnung – 2016**

	KlientInnen		Betreuungstage		durchschnittlicher Aufenthalt/Tage	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Aufenthalte gesamt	13	12	1.759	1.778	135,3	148,2
davon männlich	11	9	1.624	1.234	147,6	137,1
davon weiblich	2	3	135	544	67,5	181,3
davon Haftentlassene und/oder KlientInnen mit Bewährungshilfe	3	6	292	621	97,3	103,5
Durchschnittsalter in Jahren	27,8	24,8				

an der mittlerweile gängigen Vorstellung, man könne alles und jeden ambulant in einer eigenen Wohnung sinnvoll betreuen.

In der Belegung 2016 hat die neue Situation bisher vor allem beim gestiegenen Altersdurchschnitt seinen Niederschlag gefunden. Bei den übrigen Zahlen hat sich rein statistisch betrachtet wenig verändert (→ TABELLE 9).

Ambulante Wohnbetreuungen in Einzelwohnungen

Bei den ambulanten Wohnbetreuungen in Einzelwohnungen gibt es in aller Regel wenig Veränderungen: Die Zahl der betreuten KlientInnen ist ebenso wie die der Betreuungstage gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken, dafür ist die durchschnittliche Betreuungsdauer leicht gestiegen. Das alles bewegt sich im oberen Bereich der üblichen Schwankungen (→ TABELLE 10).

Ausgebaut haben wir in den beiden letzten Jahren Wohnbetreuungen, bei denen es vorrangig nicht um eine spätere Verselbstständigung geht und die Erhaltung einer menschenwürdigen Lebensqualität im Mittelpunkt steht. Sie sind deshalb auch grundsätzlich zeitlich nicht begrenzt und betreffen KlientInnen, die körperlich und/oder psychisch in einem nicht nur vorübergehend schlechten Zustand sind. Aus dieser Betreuungsform heraus finden i.d.R. nur Vermittlungen in Pflegeheime oder ähnliches statt. Deshalb waren sowohl 2016, als auch 2015 im Vergleich zu früheren Jahren mehr Tage für Betreuungen mit niederschwelliger Betreuungsperspektive bzw. erhöhter Intensität zu konstatieren.

Im Jahr 2016 erstmals schlagend wurde, dass **dowas** keinen Zugang mehr zu Wohnungen des Sozialen Netzwerks Wohnen hat. Da es sich bei den zur Verfügung gestellten Netzwerkwohnungen in der Vergangenheit nur um eine kleine Zahl handelte, konnten wir diesen Ausfall bisher durch Wohnungen auf dem privaten Wohnungsmarkt ausgleichen – allerdings zu höheren Mietpreisen als im gemeinnützigen Wohnbau. Geholfen hat uns dabei, dass sich das Image von **dowas** gegenüber früheren Zeiten doch verbessert hat, und wir von unseren VermieterInnen weiter empfohlen werden.

TABELLE 10

Statistik Ambulante Wohnbetreuungen in Einzelwohnungen – 2016

	KlientInnen		Betreuungstage		durchschnittlicher Aufenthalt/Tage	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Wohnbetreuungen gesamt	29	32	7.128	7.327	245,8	229,0
davon männlich	25	28	6.128	6.032	245,1	215,4
davon weiblich	4	4	1.000	1.295	250,0	323,8
Betreuung nach Betreuungsform*						
ABW/SNW (bis 3 J. Betreuungsperspektive)	22	26	5.856	6.240	266,2	240,0
niederschwellige Betreuungsperspektive	8	9	1.272	1.087	159,0	120,8
Betreuung nach Aufwand*						
normale Intensität (Ø 4 Std./Woche)	21	24	5.803	6.289	276,3	262,0
erhöhte Intensität (Ø 8 Std./Woche)	9	10	1.325	1.038	147,2	103,8
Durchschnittsalter in Jahren	44,7	42,8				

* ein Wechsel der Betreuungsform im Laufe des Betreuungszeitraums

Ähnliche Tendenzen wie in der Mindestsicherung?

Die betriebliche Sozialarbeit von **dowas** in den Arbeitsprojekten von **integra** für Erwachsene hatte 2016 markant mehr Zulauf als 2015: Die Zahl der beratenen KlientInnen stieg von 189 in 2015 auf 231 in 2016, wobei die Zahl der Frauen stärker stieg als die der Männer. Die für die Beratung aufgewandten Stunden bewegten sich hingegen in etwa auf dem Vorjahresniveau, so dass die durchschnittliche Beratungszeit je KlientIn zurückging (→ TABELLE 11). Ob das an einem geringeren Unterstützungsbedarf lag oder auf das durch den Auftrag von **integra** begrenzte Stundenkontingent zurückgeht, lässt sich nicht eindeutig erkennen. Wahrscheinlich ist eine Mischung aus beidem.

Auch wenn wir keine gesonderte Tabelle für das erste Halbjahr 2017 erstellt haben: Es zeigen sich die gleichen Tendenzen, wie wir sie im Berichtsteil über die ambulante Beratung im Rahmen der Mindestsicherung beschrieben haben. Die Beratungszahlen waren rückläufig und wurden von **integra** mit niedrigeren Zuweisungen des AMS begründet. Das würde die im Berichtsteil der Geschäftsführung aufgestellte These untermauern, dass sich Auswirkungen der konjunkturellen Erholung und eine zumindest leicht verbesserte Arbeitsmarktsituation in der Betreuungsarbeit von **dowas** bemerkbar machen.

Etwas anders zu beurteilen ist die Situation im **Jugendbeschäftigungsprojekt Werkstatt**. Hier hat sich 2016 die bereits im Jahresbericht 2015 beschriebene Entwicklung fortgesetzt: Es ist zum untersten Auffangnetz für Jugendliche geworden, die sehr wenig Voraussetzungen für die berufliche Integration mitbringen. Das spiegelt sich statistisch in der stark gestiegenen Zahl der von **dowas** in der Werkstatt betreuten Jugendlichen: 60 waren es im Jahr 2016, 36 im Jahr davor (→ TABELLE 11). Dafür hat sich die durchschnittliche Aufenthaltsdauer ebenso markant reduziert, es gab mehr Wechsel und auch mehr Abbrüche. In den von **dowas** dokumentierten Beratungsstunden findet das allerdings keinen Niederschlag, da der Auftrag von **integra** nur ein limitiertes Stundenkontingent umfasst. Zu konstatieren ist allerdings, dass sich dadurch die für die Betreuung des einzelnen Jugendlichen aufgewandte Zeit reduziert hat. Es bedarf einer eingehenderen Prüfung, ob das ausschließlich der kürzeren Verweildauer (sei es bedingt durch Abbruch oder eine schnellere Weitervermittlung) geschuldet ist oder auf fehlende Kapazitäten zurückzuführen ist.

TABELLE 11**Statistik Betriebliche Sozialarbeit für integra – 2016**

	KlientInnen		Beratungsstunden		Stunden pro Klientin	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Arbeitsprojekt für Erwachsene						
Beratungen im GBP insgesamt	231	189	1.591,5	1.513,5	6,9	8,0
davon männlich	99	83	817,5	684,0	8,3	8,2
davon weiblich	132	106	774,0	829,5	5,9	7,8
Jugendbeschäftigungsprojekt	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Beratungen im Jugendprojekt insgesamt	60	36	1.260,0	1.260,0	21,0	35,0
davon männlich	48	26	1.090,25	951,0	22,7	36,6
davon weiblich	12	10	169,75	309,0	14,1	30,9

Wachstum mit Strategie

integra bietet landesweit Arbeit und Bildung für arbeitssuchende Menschen. In den vielfältigen Programmen wurden 2016 ständig über 620 TeilnehmerInnen beschäftigt und qualifiziert. Aufgrund der befristeten Verweildauer waren es über 1.200 TeilnehmerInnen in den verschiedensten Projekten. Seit der Fusion der integra Regio Bodensee und der Werkzeit ist dowas zu einem Drittel an der integra Vorarlberg beteiligt. Tagtäglich muss das integra Team einen Spagat stemmen und zugleich sozial und wirtschaftlich sein. Wir unterstützen Menschen, die lange Zeit auf Arbeitsuche sind, müssen aber gleichzeitig auch dafür sorgen, dass die Produkte und Dienstleistungen Geld einbringen. Neben den Förderungen finanziert sich integra nämlich zu 50 Prozent selbst. Ziel ist es, Arbeit zu schaffen, aber nicht in Konkurrenz zu Wirtschaftsbetrieben zu treten.

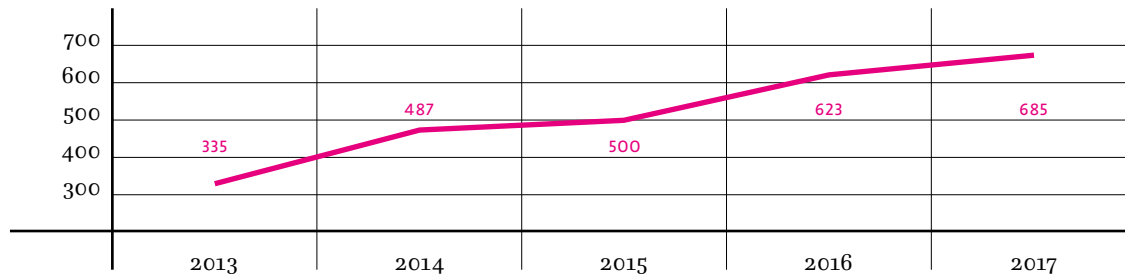
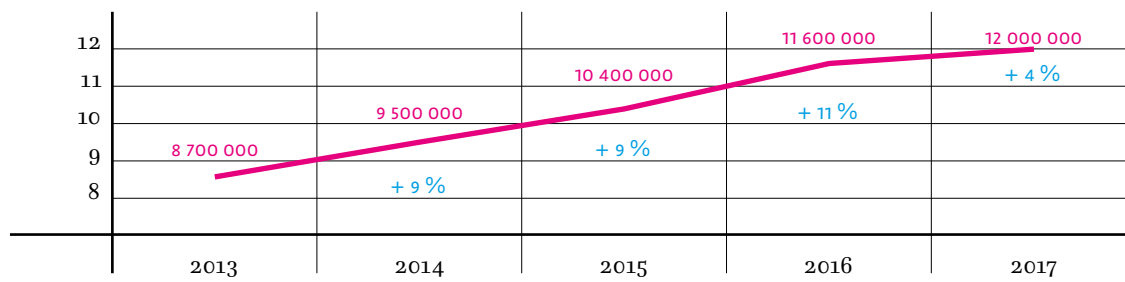
Inhaltliche Schwerpunkte/Handlungsfelder der integra Vorarlberg

Insgesamt standen für 2016 11 Millionen Euro an Budget zur Verfügung. Das sind 12 Prozent mehr als im Vorjahr. Dieses Wachstum findet gezielt und strategisch statt. So werden anhand der vier Handlungsfelder die Angebote je nach Bedarf konsequent ausgebaut und verdichtet.

Vermeidung von Jugendarbeitslosigkeit/Unterstützung beim Übergang Schule-Beruf

2016 waren beim AMS Vorarlberg ca. 200 offene Lehrstellen registriert, demgegenüber standen rund 200 Lehrstellensuchende. Der tatsächliche Bedarf an Lehrlingen ist aber viel höher. Viele Lehrberufe stehen auf der Mangelberufsliste, zahlreiche Betriebe haben die Suche nach Lehrlingen aufgegeben, weil sie keine finden. Die Anzahl der Lehrbetriebe ist deshalb rückläufig. Die demografische Entwicklung wirkt. Aufgrund des Fachkräftemangels gewinnen die Produktionsschulen sehr an Bedeutung, weil die teilnehmenden Jugendlichen auf eine Lehrstelle vorbereitet werden. Durch das neue Ausbildungspflichtgesetz erfahren die integra Jugendprogramme eine weitere Aufwertung. 2016 wurde in Bregenz eine Fahrradwerkstatt eröffnet. Die erwähnte Entwicklung ist auch die große Chance für die jungen Flüchtlinge im Land. Im neu eröffneten Jugendcollege in Feldkirch werden diese auf den Pflichtschulabschluss oder die Lehre vorbereitet. Unser Angebot im Jugendbereich:

- Produktionsschulen flächendeckend in Bregenz, Wolfurt, Feldkirch, Bludenz (91 Plätze)
- WerkStadt Bregenz – Jugend in Arbeit (14 Plätze)
- Jugendcollege in Feldkirch, neu ab April 2017 (40 Plätze)
- Pflichtschulabschluss in Feldkirch, Dornbirn und Bregenz (37 Plätze)

integra Entwicklung seit der Fusion 2013**GRAFIK 2****Entwicklung der Arbeits- und Teilnehmerplätze – 2013–2017****GRAFIK 3****Umsatzentwicklung in Mio. Euro / Umsatzsteigerung in % – 2013–2017**



Stefan Koch

Die Verfestigung von Langzeitarbeitslosigkeit verhindern

Mittels befristeter Aktivierungs-, Arbeitstrainings- und Abklärungsmaßnahmen werden in unserem sozialökonomischen Betrieb (90 Plätze), im Arbeitsprogramm für Flüchtlinge (refugees@work, 14 Plätze), in der Berufsfindung und in der Maßnahme Neuland (30 Plätze) Menschen, die von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen oder bedroht sind, auf den Arbeitsmarkt vorbereitet. Dafür stehen rund 150 Plätze zur Verfügung. Mit dem neuen Betrieb „Soziale Landwirtschaft am Gutshof Heidensand“ in Lustenau haben wir ein weiteres innovatives Beschäftigungsfeld erschlossen.

Jobs mit Perspektive

Für Menschen ohne Chancen am Arbeitsmarkt stellen wir dauerhafte Beschäftigungsmöglichkeiten als alternative Nischenlösung zur Verfügung. Dazu schaffen wir laufend neue Strukturen. Die „Jobs mit Perspektive“ umfassen rund 30 Arbeitsplätze.



Robert Baljak

Höherqualifizierung

Über 28 % der Menschen mit lediglich Pflichtschulabschluss sind derzeit arbeitslos (d.h. fast jeder Dritte). Bildung ist in der Wissens- und Informationsgesellschaft das nachhaltigste Mittel zur Verhinderung der Arbeitslosigkeit und zur Bekämpfung des Fachkräftemangels. Ca. ein Viertel der *integra* Plätze dienen der Höherqualifizierung. Im Herbst 2016 hat die österreichische Bundesregierung beschlossen, ab 1.1.2017 die „Ausbildungsgarantie bis 25“ einzuführen. Zielgruppe dieses Sonderprogramms sind 19 bis 24 Jährige mit maximal Pflichtschulabschluss ohne Einstellzusage, die eine qualifizierte Erstausbildung mit mindestens LAP Abschlussniveau anstreben. Unsere Antworten darauf sind die Programme Schaffa im Ländle, der Campus Metall/Betriebslogistik, die ÜAZ Lehrlinge im Metallbereich und unsere Azubis im Handel und in der Verwaltung. 136 Ausbildungsplätze stehen zur Verfügung.



Für Rückfragen zur Jahresbilanz stehen

Stefan Koch (+43(0)664 42 06 795 / stefan.koch@integra.or.at) oder

Robert Baljak (+43(0)664 23 34 461 / robert.baljak@integra.or.at)

gerne zur Verfügung.



Sie möchten uns unterstützen?

Ob mit Geld, Waren oder Zeit: Wir freuen uns über Ihre Hilfe. Wir garantieren die strikte Verwendung der Mittel nach Ihrem Wunsch. Wenn Sie sich für unsere Arbeit interessieren, lernen Sie unsere Arbeit vor Ort kennen!

Geldspenden

Mit der Aktion „1 + 1“ ermöglichen Sie unseren Klienten ein warmes Mittagessen. Täglich kochen im Treffpunkt KlientInnen für andere KlientInnen. Eine Mahlzeit kostet etwa 4,- Euro, die Hälfte davon berappen unsere KlientInnen selbst, die andere Hälfte muss über Spenden aufgebracht werden. Dafür brauchen wir Spenden in Höhe von 4.500,- Euro.

Unsere Bankverbindung: Sparkasse Bregenz, IBAN AT35 2060 1000 0001 8036

Sachspenden

Lebensmittel, Säfte, Drogerieartikel oder Leintücher können wir direkt in der Betreuung unserer KlientInnen einsetzen. Aber auch Gutscheine jeder Art, etwa für Büromaterial, Nahrungsmittel oder Benzin erleichtern unsere Arbeit.

Zeitspenden

Beispielsweise als Grafiker, Rechtsanwalt oder Programmierer sind einige Stunden Ihrer Zeit ein echtes Geschenk für **dowas**. Vor allem in Bereichen wie Sport oder Kultur sind Ihre Kenntnisse von großem Wert für die Freizeitaktivitäten unserer KlientInnen.

Sie haben uns unterstützt und gefördert

**Dafür und für die gute Zusammenarbeit im Jahr 2016
bedanken wir uns bei**

Land Vorarlberg



Bezirkshauptmannschaft Bregenz



Landeshauptstadt Bregenz



Bundesministerium für Justiz



Für Geldspenden im Jahr 2016 danken wir herzlichst

Marcus Amman

Martin Bentele

Markus Domenig

Wolfgang Faigle

Christian Hörl

Lydia Obrist

Kathrin Plainer

Ernst Stuhr

der Fa. Behmann GmbH in Egg

der evangelischen Pfarrgemeinde Bregenz

dem Verein Gerne Geben in Wien

dem Kesselhaus in Bregenz

dem Seelsorgeraum der katholischen Kirche in Bregenz

Herausgeber
Verein dowas
Sandgrubenweg 4
6900 Bregenz
www.dowas.at

Für den Inhalt verantwortlich
Michael Diettrich

Lektorat
Peter Niedermaier

Porträtbilder
Gerhard Klocker
www.gerhardklocker.com

Bildbearbeitung
Günter König
www.prepressstudio.at

Konzept, Gestaltung
Kurt Dornig
www.dornig.cc

Produktion
Druckerei Thurnher
www.dth.at

dowas
Sandgrubenweg 4
6900 Bregenz

T +43(0)5574 90 902
geschaeftsfuehrung@dowas.at
www.dowas.at